

Schweiz

Der falsche Doktor im Bundesamt für Kultur

Urs Staub, Chef der Sektion Museen und Sammlungen im Bundesamt für Kultur, führt einen falschen Dokortitel. Seit 1986 arbeitet er für den Bund, seit 1990 mit falschem Titel - aufgefallen soll das niemandem sein.

Daniel Foppa

Urs Staub ist ein gern gesehener Gast in der Schweizer Museumsszene. Denn als Chef der Sektion Museen und Sammlungen im Bundesamt für Kultur (BAK) verteilt der 64-jährige Zuger Millionen. Letztes Jahr sprach Staubs Sektion neben dem Unterhalt für bundeseigene Museen zusätzlich 8,4 Millionen Franken für externe Institutionen. So erhielt der Verein Memoriav zur Erhaltung des audiovisuellen Kulturgutes 3,1 Millionen, das Verkehrshaus Luzern 1,6 Millionen oder die Fotostiftung Schweiz 1,2 Millionen. Entsprechend oft ist der umgängliche Staub an kulturellen Anlässen anzutreffen, hält Reden, pflegt Kontakte. Stets wird der Chefbeamte dabei mit dem Titel Dr. phil. vorgestellt, so auch im Staatskalender und auf der Website des BAK. Zudem unterschreibt er seine Briefe so.

Das Problem ist: Urs Staub hat nie einen Dokortitel erworben. In der Einladung zu einer Raubkunsttagung vom letzten Jahr schreibt das BAK: «Urs Staub studierte katholische Theologie, Kunstgeschichte, Kirchengeschichte, Christliche Archäologie und Ägyptologie in Freiburg, Tübingen und München.» Staub bestätigt auf telefonische Anfrage, an besagten Universitäten die genannten Fächer belegt zu haben. Als die Sprache auf seine Dissertation kommt, verwickelt sich der Sektionsleiter jedoch in Widersprüche.

«Wissenschaftliches Defizit»

Staub erklärt zunächst, er habe 1981 an der Ludwig-Maximilians-Universität in München eine Dissertation zu Krönungsriten bei ägyptischen Pharaonen geschrieben, die Arbeit aber nicht publiziert. Deshalb sei die Dissertation nicht angenommen worden. Das Doktor-examen habe er aber bestanden. Auf die Bemerkung, das sei nicht sehr glaubwürdig, erklärt Staub, die Dissertation sei doch angenommen worden. Zur Publikation hätten ihm jedoch die Mittel gefehlt. Als die Schilderungen immer unglaubwürdiger werden, schlägt Staub schliesslich ein Treffen vor - und legt am nächsten Tag die Karten auf den Tisch.



Urs Staub (l.) war ein gern gesehener Gast bei Künstlern, hier mit Roman Signer und Pipilotti Rist an der Biennale 1999. Foto: Keystone

Von einem Tag auf den anderen nannte sich der Chefbeamte Urs Staub plötzlich Doktor.

Der Chefbeamte erklärt, er habe nie eine Dissertation eingereicht. Er habe zwar mit dem Verfassen einer Doktorarbeit begonnen, sie aber nie abgeschlossen. Um dieses «wissenschaftliche Defizit» zu kompensieren, habe er von 1990 an den Titel Dr. phil. geführt. Das sei ein Fehler gewesen, den er bedaure.

Aufgefallen sei es offenbar niemandem, dass er plötzlich einen Dokortitel im Namen führte.

Staub wird Ende Februar nach fast 30 Jahren im Bundesdienst pensioniert. Da er noch Ferien zu beziehen hat, verlässt er das Amt bereits in zweieinhalb Wochen. Begonnen hatte seine Laufbahn durch die kulturellen Institutionen des Bundes 1986 als Sekretär der Kunst- und Designkommission. Es folgten Stationen als Betreuer der Kunstsammlungen des Bundes, beim Schweizer Institut in Rom und als Leiter der Sektion Kunst und Design im BAK. Seit 2009 steht Staub der Sektion Museen und Sammlungen vor. Dabei unterstehen ihm so re-

nommierte Institutionen wie die Sammlung Oskar Reinhart in Winterthur.

Alle Gesuche berücksichtigt

Ob der Titelschwindel in all den Jahren tatsächlich unentdeckt blieb, ist offen. Laut einem Insider habe man in Staubs Umfeld und in der Museumsszene sehr wohl gewusst, dass der Chefbeamte den Dokortitel zu Unrecht führe. Man habe es jedoch geduldet. «Staub verspricht und verteilt Millionen an Museen, deshalb schweigen alle», erklärt der Insider. In Staubs Sektion hätten «Günstlings- und Vetternwirtschaft» geherrscht. Auch der frühere BAK-Direktor Jean-Frédéric Jauslin und die aktuelle Amts-

vorsteherin Isabelle Chassot hätten gewusst, dass Staub den Titel zu Unrecht führt. Jauslin war gestern nicht zu erreichen. Chassot erklärte auf Anfrage, erst vom TA über den Titelschwindel informiert worden zu sein.

Staub bezeichnet die Vorwürfe der Günstlingswirtschaft als «böswärtige Unterstellung» und weist sie entschieden zurück. Die meisten von seiner Sektion gesprochenen Gelder seien in der Kulturbotschaft festgelegt, die jeweils vom Parlament bewilligt oder abgeändert werde. Bei den übrigen Projektbeiträgen treffe er die Entscheidungen in Absprache mit den Fachleuten seiner Sektion. «Zudem konnten wir praktisch alle Gesuche berücksichtigen», sagt Staub.

Projektbeiträge gingen einerseits an Projekte im Ausland zum Schutz von Kulturgut, das durch Kunstraub bedroht ist - etwa an die University of Peloponnes in Griechenland oder an eine Ausgrabungsstätte in Salerno (Italien). In der Schweiz flossen Beiträge unter anderem an das Tanzarchiv in Lausanne, die Stiftsbibliothek St. Gallen oder die Kunsthalle Basel.

BAK verurteilt Titelschwindel

Was Staubs langjähriger Titelschwindel für Folgen hat, ist noch offen. Das BAK wurde gestern Nachmittag mit den TA-Recherchen konfrontiert. Am Abend erklärte Direktorin Isabelle Chassot, sie werde so rasch wie möglich das Gespräch mit Urs Staub suchen. Bevor das nicht geschehen sei, könne sie sich nicht konkret zum Fall äussern. Chassot sagt aber, dass der Dokortitel keine Voraussetzung gewesen sei für Staubs Posten und dass Staub seine Aufgabe kompetent ausgeführt habe. Als ehemalige Freiburger Bildungsdirektorin verurteile sie jedoch jede Anmassung eines universitären Titels.

Laut Thomas Geiser, Professor für Arbeitsrecht an der Universität St. Gallen, kann ein Titelschwindel Anlass für eine fristlose Kündigung sein: «Damit wird der Arbeitgeber in ein schlechtes Licht gerückt, wenn der Fall auffliegt.» Ob der in der Bundesverwaltung aufgetretene Fall auch strafrechtlich relevant ist, ist gemäss Strafrechtsexperten offen.

Nachrichten

Importe Höherer Zolltarif für gewürztes Fleisch

Gewürztes Fleisch soll dem gleichen Zolltarif unterstellt werden wie Frischfleisch. Die Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK) hat eine Regelung ausgearbeitet, die auf eine parlamentarische Initiative aus der SVP zurückgeht. Mit 13 zu 11 Stimmen hiess die WAK den Entwurf gut, wie sie gestern mitteilte. Die Befürworter möchten mit der Änderung den «Pfeffer-Trick» unterbinden: Weil gewürztes Fleisch als zubereitet gilt und zu einem niedrigeren Tarif verzollt werden kann, wird Fleisch vor dem Import gewürzt und vor dem Verkauf dann wieder gereinigt. (SDA)

«Heiratsstrafe»

Gegenvorschlag zur Familieninitiative der CVP

Die Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK) will die sogenannte Heiratsstrafe beseitigen. Anders als die CVP mit ihrer Initiative «Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe» will sie aber keine Definition der Ehe in der Verfassung festschreiben. Mit 13 zu 12 Stimmen hat die WAK beschlossen, dem Volksbegehren definitiv einen direkten Gegenvorschlag gegenüberzustellen, wie sie gestern mitteilte. (SDA)

Forschung Agroscope plant Versuch mit Gen-Kartoffeln

Die landwirtschaftliche Forschungsanstalt Agroscope will auf dem Versuchsareal Reckenholz in Zürich-Affoltern Versuche mit gentechnisch veränderten Kartoffeln durchführen. Sie hat beim Bundesamt für Umwelt (Bafu) ein entsprechendes Gesuch eingereicht. Ziel

der Versuche ist es, Kartoffeln zu züchten, die resistent sind gegen die Kraut- und Knollenfäule. Dabei handelt es sich um eine Pilzinfektion, die weltweit Ernteaufschläge verursacht. (SDA)

Jahreskonferenz Islamischer Zentralrat in Freiburg nicht willkommen

Der Islamische Zentralrat Schweiz (IZRS) darf seine Jahreskonferenz 2014 nicht im Forum Freiburg abhalten. Der Oberamtmann des Saanebezirks hat die Genehmigung verweigert. Der IZRS habe keine verlässliche und definitive Liste der Redner geliefert, begründet der Oberamtmann des Saanebezirks, Carl-Alex Ridoré, gestern den abschlägigen Entscheid. Man halte am Veranstaltungsort und Datum fest, heisst es allerdings in einer Stellungnahme des IZRS. Gegen den Entscheid will der IZRS heute Mittwoch beim Kantonsgericht Freiburg eine superprovisorische Beschwerde einreichen. (SDA)

Öffentlicher Verkehr Referendum gegen Schwarzfahrerregister

Gegen das vom Parlament beschlossene zentrale Schwarzfahrerregister regt sich Widerstand. Eine Einzelperson hat das Referendum ergriffen - allerdings ohne Unterstützung durch Parteien oder Verbände. Das Referendum lanciert hat der Zürcher Dietrich Weidmann. Er bestätigte auf Anfrage eine entsprechende Meldung von Blick.ch. Unterstützt wird er unter anderem von Marc Wackerlin von der Piratenpartei. Die Referendumsfrist läuft am 15. Januar ab. Ob er bis dann die nötigen 50 000 Unterschriften sammeln könne, sei noch unklar, sagte Weidmann. Der Anfang sei harzig verlaufen. (SDA)

«Der fehlgeleitete Betrag ist bei Insieme enorm»

Nächste Woche erscheint der Bericht zum Fiasko um das IT-Projekt Insieme. Nationalrat Leo Müller sagt, wie nun ähnliche Fälle verhindert werden sollen.

Mit Leo Müller sprach Felix Schindler

Am Freitag nächster Woche wird der Untersuchungsbericht zum IT-Projekt Insieme vorgestellt und dann in der Wintersession vom Parlament behandelt, wie Radio SRF berichtet. Was erwarten Sie?

Ich kenne den Inhalt des Berichts noch nicht, gehe aber davon aus, dass er Empfehlungen abgibt, wie man verhindern kann, dass solche Fehlinvestitionen getätigt werden. 102,4 Millionen Franken wurden in den Sand gesetzt. Das Parlament kann nicht zur Tagesordnung übergehen. Es ist sicher angebracht, dass es sich äussern kann und die Probleme ins Bewusstsein gerufen werden.

Der Bundesrat hat die Projekte geführt und steht in der Verantwortung. Sehen Sie auch Handlungsbedarf beim Parlament?

Ja, das Parlament muss eine verstärkte Aufsicht wahrnehmen. Es ist bereits angekündigt, dass der Bundesrat regelmässig über die grössten IT-Projekte Bericht erstatten muss.

Wie wahrscheinlich ist es, dass das Insieme-Debakel auf die Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf zurückfällt?

Das ist zurzeit sehr spekulativ. Ich gehe davon aus, dass der Bericht sich dazu

äussert. Ich gehe auch davon aus, dass Frau Widmer-Schlumpf nichts Gravie-rendes vorzuwerfen ist. Aber ich halte es für wahrscheinlich, dass entscheidende Weichenstellungen vor ihrer Amtszeit passiert waren. Widmer-Schlumpf hat immerhin die Reissleine gezogen und ein Nachfolgeprojekt aufgelegt.

Muss also Widmer-Schlumpfs Vorgänger Hans-Rudolf Merz die Verantwortung tragen?

Es ist Gegenstand des Berichts, die Verantwortlichkeiten aufzuzeigen.

Seit das Insieme-Debakel bekannt geworden ist, hat sich gezeigt, dass auch im Staatssekretariat für Wirtschaft unter der Hand Aufträge vergeben wurden und dass sich ein Ressortleiter mutmasslich begünstigen liess. Hat Insieme nicht zu einem Umdenken in der Verwaltung geführt?

Allein die Tatsache, dass eine derart grosse Investition fehl-gelaufen ist, hat die Betroffenen wach-gerüttelt. Heute kann man eine Tendenz feststellen, dass die Bundesver-waltung vermehrt Aufgaben, die sie früher ausgliederte, wieder intern bear-beitete. Wir haben verschiedene Infor-mationsbesuche durchgeführt, unter



Leo Müller
Der Luzerner
CVP-Nationalrat
ist Präsident der
Finanzkommission.

anderem bei Swissmedic und beim Bundesamt für Statistik, wo wir einen positiven Eindruck gewonnen haben.

Warum ist Insourcing besser?

Wenn die Aufgaben intern bearbeitet werden, bleiben die Kompetenzen im Haus, und man kann mehr Einfluss auf ein Projekt nehmen. Man sollte Externe beiziehen, wenn man Spezialwissen braucht oder extreme Arbeitsspitzen brechen muss. Aber wenn es zur Regel wird, Daueraufgaben auszugliedern, die eigentlich zu den staatlichen Aufgaben gehören, dann ist es ein grosses Risiko.

Beim Bund kommt es immer wieder zu Problemen mit IT-Projekten. Sind Verwaltungen dafür besonders anfällig?

Der Betrag, der bei Insieme fehlgeleitet wurde, ist enorm. Aber ich denke schon, dass man das relativieren muss. Der Bund hat ein Budget von 66 Milliarden und befindet sich damit auf dem Niveau eines Grosskonzerns. Ich vermute, dass auch bei Firmen dieser Grösse teure Projekte scheitern, aber es gelangt weniger an die Öffentlichkeit. Trotzdem ist klar: Bei Insieme handelte es sich um Steuer-gelder, man muss genau hinsehen.

Warum sind Informatikprojekte problematisch?

Wenn man ein Haus baut, dann stellt man zunächst die Anforderungen. Es ist unwahrscheinlich, dass sich die Rahmenbedingungen während des Baus verändern. Bei IT-Projekten ist alles sehr kurzlebig, manchmal sind einzelne Bestandteile veraltet, bevor das Projekt abgeschlossen ist. So können neue Anforderungen dazukommen, was dazu führt, dass Projekte entgleiten können.